

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Mobilität für alle erschwinglich gestalten und Jugendticket für Auszubildende, Freiwillige und Schülerinnen und Schüler ab 18 Jahren vorbereiten

Mobilität gehört essentiell zur sozialen Teilhabe. Die Nutzung von Bus und Bahn im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht diese Teilhabe und ist ein wichtiger Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz. Es gibt eine breite Diskussion über die Tarife für den öffentlichen Nahverkehr. Für eine grundsätzlich andere Tarifstruktur wird es weiterhin eine intensive Debatte geben: 365-Euro-Ticket für alle mit Rabattierung bestimmter Gruppen, kostenloser ÖPNV für alle oder bestimmte Gruppen. Die Tarife im bremischen öffentlichen Nahverkehr sind für bestimmte Gruppen heute besonders unattraktiv. Das Ticket für Schülerinnen und Schüler ist mehr als doppelt so teuer wie beispielsweise in Berlin (579 Euro pro Jahr im Vergleich zu 270 Euro). Hessen hat ein 365-Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler eingeführt, doch auch das ist für viele Familien noch viel zu teuer. Das StadtTicket ist ein gutes Bremer Angebot. Eine Absenkung auf 25 Euro wäre im Hinblick auf den im Hartz-4-Satz für Mobilität vorgesehenen Anteil wünschenswert. Das JobTicket Azubi gilt nicht für alle Auszubildenden und ist als Angebot bestimmt kein Standortvorteil Bremens. Freiwillige zahlen in gleicher Höhe. Die Stadtbürgerschaft hat in einem Antrag (Drucksache 19/526 S) die Einführung eines vergünstigten Tickets für Freiwillige gefordert. Wer sich als Jugendlicher in einem Freiwilligendienst engagiert, erhält dafür nur eine geringe Aufwandsentschädigung. Davon noch einen Großteil für die Fahrtkosten ausgeben zu müssen, kann nicht richtig sein. Als Anerkennung für ihren großen Einsatz wollen wir den ÖPNV für diese jungen Menschen deutlich günstiger machen. Ihr freiwilliges Engagement macht unsere Gesellschaft stark.

Bei der Anhörung zu ÖPNV-Tarifen in der Bremischen Bürgerschaft am 29. November 2018 wurden verschiedene mögliche Modelle vorgestellt, bewertet und durchgerechnet. Für junge Menschen, also Kinder sowie junge Auszubildende, Freiwillige und Schülerinnen und Schüler hat der Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen signalisiert, einen Ansatz auf Basis der politischen Forderungen zu erarbeiten und zu bewerten. Dieser Ansatz soll sowohl allen Bremer Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Nutzung von Bus und Bahn ermöglichen als auch dem Vorschlag der Stadtbürgerschaft für ein vergünstigtes Freiwilligenticket entsprechen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. den Finanzbedarf für eine Preissenkung für das „StadtTicket“ ab dem 1. Januar 2020 auf 25 Euro zu ermitteln und dieses für die Haushaltsberatungen 2020 vorzubereiten;
2. für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwillige ab 18 Jahren die Einführung eines „Jugendtickets“ gemeinsam mit dem VBN und ZVBN (Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen) vorzubereiten, verschiedene Modelle und Zahlungsmodalitäten vorzuschlagen

- und den genauen Finanzierungsbedarf für die jeweiligen Modelle zu ermitteln und dieses zu den Haushaltsberatungen 2020 darzulegen;
3. die kostenfreie Nutzung städtischer Busse und Bahnen für Bremer Kinder und Jugendliche in seinen verschiedenen finanziellen Auswirkungen darzulegen;
 4. die finanziellen Auswirkungen eines 365-Euro-Tickets für alle Nutzerinnen und Nutzer mit einer Sozialkomponente darzulegen;
 5. den VBN eine Überprüfung der Auswirkungen sowohl der kostenfreien Nutzung der städtischen Busse und Bahnen durch Bremer Kinder und Jugendliche, eines 365-Euro-Tickets für alle Nutzerinnen und Nutzer mit Sozialkomponente als auch eines „Jugendtickets“ im Tarifgebiet in allen Preisstufen vornehmen zu lassen;
 6. Auswirkungen auf andere Kommunen und Gemeinden durch verändertes Nutzerverhalten zum Beispiel durch Park and ride oder Anschlussticketnutzung insbesondere an den tariflichen Rändern zu bewerten;
 7. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Familie, Integration und Sport laufend halbjährlich über die Fortschritte zu berichten.

Ralph Saxe, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Heike Sprehe, Sascha Aulepp, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD